

Soziale Wohnungspolitik der Linken

In der Regierungszeit von Rot-Rot-Grün hat unter Verantwortung der LINKEN die Wohnungspolitik in Berlin eine soziale Neuausrichtung erfahren. In den letzten 15 Jahren sind die Mieten im Gleichschritt mit den Neubauzahlen gestiegen und Neubauwohnungen sind sehr teuer. Aber die Lobbyisten Immobilienwirtschaft propagieren unverdrossen, dass nur Bauen-Bauen-Bauen gegen steigende Mieten helfe. Die soziale Wohnungspolitik der DIE LINKE besteht dagegen aus einer breiten und differenzierten Palette wohnungspolitischer Maßnahmen.

1) Schutz des Mietwohnungsbestandes und Regulierung der Mieten. Das ist von erstrangiger Bedeutung, weil dies 95% der Berliner Mietwohnungen betrifft. Den permanenten Verlust von preiswerten Wohnungen auf einem unregulierten Wohnungsmarkt kann man nicht durch Neubau von Sozialwohnungen kompensieren. Die wichtigsten Instrumente in diesem Bereich sind: a) *Soziale Erhaltungsgebiete* (Milieuschutz) mit dem Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und dem kommunalen Vorkaufrecht; die Anzahl der Milieuschutzgebiete wurde unter Rot-Rot-Grün verdreifacht. b) *Ein neues Zweckentfremdungsrecht*, mit dem die ausufernde Nutzung von Mietwohnungen als Ferienwohnungen bekämpft wird und schon tausende Wohnungen dem Mietwohnungsmarkt zurückgewonnen wurden. c) *Der einzigartige Berliner Mietendeckel*. Er verschafft vielen Tausenden Mietern eine Atempause nach Jahren permanenten Mietenanstiegs.

2) Das Rückgrat einer nachhaltigen sozialen Wohnungspolitik sind die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften. Ihr Bestand wurde durch Zukauf und Neubau um 38.000 auf jetzt 336.238 Wohnungen vergrößert. Im Neubau werden 50% gefördert errichtet und mit Mieten ab 6,50 €/m² an WBS-Berechtigte vermietet. Die Anfangsmieten der freifinanzierten Neubauwohnungen wurden auf Ø 10 €/m² begrenzt. Mieterhöhungen und Modernisierungumlagen der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften wurden schon vor dem Mietendeckel begrenzt und werden dies auch bleiben. Diese Begrenzung der Mieten in den kommunalen Wohnungen wirkt mietpreisdämpfend auf den gesamten Berliner Wohnungsbestand.

3) Die Förderung des Neubaus von Sozialwohnungen mit langfristigen Mietpreis- und Belegungsbindung wurde 2017 und 2019 aufgestockt. Zudem wurde eine Förderung für den gemeinschaftlichen Wohnungsbau und für den Erwerb von Genossenschaftsanteilen eingeführt.

Natürlich gab es auch Vorhaben, die bislang nicht realisiert werden konnten, wie z.B. die Einführung einer einkommensorientierten sozialen Richtsatzmiete für 100.000 Wohnungen des alten sozialen Wohnungsbaus. Die Leerstandsbekämpfung durch die Bezirksämter erfolgt noch nicht konsequent genug. Auch in Pankow Süd gibt es jahrelang leerstehende Häuser. Erhebliche Defizite gibt es noch bei der Mietermitbestimmung in den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften. Der seit 2 Jahren andauernde Kampf von Mietern und Anwohnern im Pankower Schlossparkviertel gegen rücksichtslose Verdichtungsvorhaben der Gesobau ist da-für ein Beispiel.

Aktuell tritt der Volksentscheid „*Deutsche Wohnen & Co. enteignen*“ in seine entscheidende Phase. Insbesondere die Deutsche Wohnen, Vonovia und Akelius besitzen in Pankow tausende Wohnungen. Auch in Pankow Süd sind es zwischen Granitz- und Wisbyer Straße viele Hundert. Ein Erfolg des Volksentscheides wäre ein starkes Zeichen der Berlinerinnen und Berliner, dass dem Spekulieren mit unseren Wohnungen ein Ende gemacht werden muss.

Michail Nelken
Bau- und Wohnungspolitischer Sprecher der
Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin.

BVV-Splitter

Alles neu in der Neumannstraße

Auf der 39.Tagung der BVV Pankow gab das Bezirksamt einen Zwischenbericht zu Baumaßnahmen in der Neumannstraße.

„ Im 1. Bauabschnitt, der sich von der Wisbyer Straße bis zur Binzstraße erstreckt, sind nunmehr fast durchgängig geschützte Radfahrstreifen mit einer nutzbaren Breite zwischen 2,20 m und 2,80 m vorgesehen. ... Mit dem Bau der Radverkehrsanlage werden die Längsparkplätze am rechten Fahrbahnrand im gesamten 1. Bauabschnitt nicht mehr zur Verfügung stehen. Die im Mittelstreifen und teilweise auch im Seitenraum angeordneten Schrägparkstände bleiben überwiegend erhalten. Im Zuge der Radverkehrsmaßnahme sollen auch alle Bushaltestellen barrierefrei ausgebaut werden. Die Einrichtung eines zusätzlichen Fußgängerüberweges über die Neumannstraße ist in Höhe Elsa-Brändström-Straße geplant. Die Bauarbeiten für den 1.Bauabschnitt sollen in diesem Jahr beginnen.“

Für die Planungen des 2.Bauabschnittes stehen momentan keine freien Personalkapazitäten im Straßen- und Grünflächenamt zur Verfügung. Die Aufnahme konkreter Planungen wird aus diesem Grund voraussichtlich nicht vor 2022 erfolgen können.“

Berlin kauft das „Colosseum“ !

In der Januarausgabe hatte KIEZBLATT über die Aktivitäten zum Erhalt des Kinos „Colosseum“ als Kulturstandort berichtet.

Die Linksfraktion in Pankow war mit Fortgang und Intensität der Bemühungen nicht zufrieden. Sie brachte deshalb einen Antrag ein, in dem die BVV das Bezirksamt auffordert, „sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, das Gesamtensemble des teilweise denkmalgeschützten Kulturstandortes „Colosseum“ für das Land Berlin zu erwerben. Hierzu sind kurzfristig die Gespräche mit den relevanten Senatsverwaltungen zu intensivieren und den Eigentümer*innen ein entsprechendes Interesse anzuzeigen.“

Ein Auszug aus der Begründung: „Ein Aspekt, der durch die Diskussionen der letzten Monate deutlich geworden ist, ist das Entwicklungspotential, das auf diesem Gelände im Herzen des Prenzlauer Bergs schlummert. Nach Jahren der kommerziellen Nutzung, mit der uns das Engagement der Familie Brauner den Kinostandort erhalten und gepflegt hat, ist es nun Zeit, einen nächsten Schritt zu gehen. Hier kann ein Campus und Experimentierfeld von Film- und Kulturschaffenden entstehen, der nicht nur einem kreativen und lebendigem Bezirk wie Pankow einen Ausdruck verleiht, sondern auch für eine internationale Szene einen attraktiven Treffpunkt bietet.“

Der Antrag wurde mehrheitlich beschlossen.

Bänke in Pankow schnell reparieren und neue Bänke aufstellen

Das Angebot an Sitzmöglichkeiten gehört zur Grundversorgung des öffentlichen Raumes durch den Staat. Seit etlicher Zeit wird der Bezirk Pankow dieser Aufgabe nur noch teilweise gerecht. Besonders für ältere Mitbürger ist dieser Mangel spürbar.

Deshalb stellte die SPD-Fraktion in Pankow den Antrag, dem Bezirksamt Pankow zu empfehlen, „der pandemiebedingten stärkeren Nutzung des öffentlichen Raumes gerecht zu werden und alle Bänke im öffentlichen Straßenland, auf Grünflächen und in Parks zum Frühjahr 2021 zu reparieren und neue Bänke da aufzustellen, wo eine Unterversorgung besteht.“

Der Antrag wird im Finanzausschuss beraten.